

Niederschrift

über die Sitzung des Rates



Sitzungs-Nr.: **Rat / 004 / 09-14**
Sitzungs-Tag: **22.03.2010**
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 4a, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**
Ende der Sitzung: **20:45 Uhr**

Bürgermeister:

Temme, Hermann

CDU:

Fischer, Bernhard
Grewe, Ursula
Hartmann, Rainer
Krömeke, Johannes
Lange, Heinz
Lohre, Helmut
Markus, Norbert
Menke, Hartwig
Muhr, Adolf
Oeynhausen, Uwe
Rode, Alexander
Steinhage, Hermann
Stiewe, Carsten
Walker-Fimmel, Evelyn
Wulff, Michael

SPD:

Aßmann, Peter
Beineke, Elisabeth
Dauber, Theresia
Kruse, Johannes
Mulhaupt, Dirk
Mulhaupt, Hans-Jürgen

UWG / CWG:

Rissing, Robert
Tobisch, Johannes

Volkhausen, Erwin

Wintermeyer, Paul

Liste Zukunft:

Heilemann, Stefan

Olbrich, Udo

Rottländer, Frank

Bündnis `90 / DIE GRÜNEN:

Hogrebe-Oehlschläger, Ulrike

Schulte, Meinolf

FDP:

Hartmann, Manfred

Schwarz, Werner Dr.

Von der Behördenleitung nehmen teil:

Frischemeier, Peter

Von der Verwaltung nehmen teil:

Groppe, Johannes

Güthoff, Dieter

Nolte, Ulrike

als Schriftführerin

Schröder, Rudolf

Tagesordnung		Drucksache Nr.
Öffentliche Sitzung		
1. Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2010 und der Wirtschaftspläne des Kommunalunternehmens (Kubra) und des Versorgungsunternehmens (Vubra) für das Wirtschaftsjahr 2010		094/2009 -2014
Berichterstatter: Bürgermeister und StOAR Güthoff		
2. Schulorganisatorische Maßnahmen im Primarbereich - Grundschulverbund Brakel-Gehrden- Teilstandort Gehrden		065/2009 -2014
Berichterstatter: StOAR Schröder		
3. 1. Änderung der "Gestaltungs- und Erhaltungssatzung der Stadt Brakel für den Historischen Stadtkern Brakel einschl. des Klosterbereiches Brede der Stadt Brakel"		078/2009 -2014
Berichterstatter: Verw.-Ang. Bohnenberg		
4. Antrag der Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen"; Entwicklung des Dorfes im kommenden Jahrzehnt		
5. Bekanntgaben der Verwaltung		
6. Anfragen der Ratsmitglieder		
7. Anfragen der Zuhörer		

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Sitzungsteilnehmer.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend stellt er die **Beschlussfähigkeit** des Rates fest.

Bürgermeister **Temme** stellt den Antrag, die Tagesordnung im öffentlichen Teil dahingehend zu ändern, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 9 von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Der TOP 8 „*Vertragsbeziehung GBS*“ wird Gegenstand der nächsten Sitzung des Rates.

Im Hinblick auf TOP 9 „*Nahwärmeversorgung*“ stehen noch weitere Verhandlungen mit dem Investor an, so dass dieser Punkt ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt werden sollte.

Ratsherr **Aßmann** bittet in diesem Zusammenhang um eine möglichst zeitnahe Entscheidung in der Angelegenheit.

Der Rat beschließt bei **1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen mehrheitlich**, die Tagesordnung wie vorgeschlagen zu ändern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beglückwünscht Bürgermeister **Temme** Ratsherrn **Lohre** zu seiner 40-jährigen Mitgliedschaft im Rat der Stadt Brakel. Er dankt ihm für sein politisches Engagement in den vergangenen 8 Legislaturperioden und verbindet seine Wünsche mit der Hoffnung auf eine weitere gute Zusammenarbeit. Die weiteren Fraktionsvorsitzenden und seitens der CDU, Ratsherr **Rode**, schließen sich den Wünschen mit einem kurzen Statement an.

Die Tagesordnung wird anschließend wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

- | | |
|---|-------------------|
| 1. Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2010 und der Wirtschaftspläne des Kommunalunternehmens (Kubra) und des Versorgungsunternehmens (Vubra) für das Wirtschaftsjahr 2010 | 094/2009
-2014 |
|---|-------------------|

Berichterstatter: Bürgermeister und StOAR Güthoff

Nach einer kurzen Einleitung, erteilt Bürgermeister **Temme** den im Rat vertretenen Fraktionen das Wort.

CDU-Fraktion

Ratsherr **Lohre** geht in seinen Ausführungen auf die wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein, in denen der Haushalt zu verabschieden ist. Trotz der Erhaltung eines gesunden Finanzpolsters hat sich die finanzwirtschaftliche Situation deutlich verschlechtert, so dass bei der Gewerbesteuer die Vorjahreser-

gebnisse nicht gehalten werden konnten. Er erläutert, dass die Aufwendungen für soziale Angelegenheiten, indirekt durch die Kreisumlage, eine stetige Mehrbelastung bedeuten. Ratsherr **Lohre** stellt klar, dass sich seine Partei für eine Prioritätenliste zum Hochwasserschutz aussprechen wird. Weitere Ziele sind in jedem Fall nachhaltige Investitionen, die sichere Beförderung der Schulkinder und eine verbesserte Infrastruktur. Ratsherr **Lohre** schließt seine Ausführungen mit einem Dank an den Bürgermeister und die Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

SPD-Fraktion

Ratsherr **Aßmann** stellt fest, dass die weltweite Wirtschaftskrise zu einer Neuverschuldung des Bundes i.H.v. 85 Milliarden geführt hat. Daraus resultiert, dass auch die Städte die ihnen übertragenen Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen können. Das Konnexitätsprinzip wird nicht mehr gewahrt, d.h. Aufgabenwahrnehmung und Ausgabenverantwortung liegen nicht mehr in derselben staatlichen Hand. Ratsherr **Aßmann** erläutert nachhaltig die Auswirkungen des demographischen Wandels für die Dörfer im ländlichen Raum. In seinen weiteren Ausführungen offeriert er seinen Unmut über die erneute Erhöhung der Kreisumlage. Er gibt anschließend zu bedenken, dass die rückwirkende Abrechnung beim Niederschlags- und Schmutzwasser einige Bürger finanziell stark belastet hat. Mit einem Dank an alle Beteiligten teilt er mit, dass seine Fraktion dem Haushalt 2010 zustimmen wird.

UWG/CWG-Fraktion

Ratsherr **Tobisch** sieht in dem vorliegenden zweiten NKF-Haushalt den Vorteil einer detaillierteren Übersicht der einzelnen Ein- und Ausgabe-positionen. Die derzeitige Konjunkturlage lässt weiterhin sinkende Steuereinnahmen erwarten, denen steigende Sozialausgaben entgegenstehen. Es ist wichtig zukunftsorientiert zu denken, eine Ausgabenkontrolle ist unumgänglich, d. h. bei jeder Neuinvestition bzw. Expansion sind die Folgekosten genau zu betrachten. Ratsherr **Tobisch** stellt dar, dass die vorgesehenen Investitionen im Schulbereich die volle Unterstützung der UWG/CWG finden. Er sieht die fraktionsübergreifenden Gespräche im Hinblick auf die Finanzierung der Straßenunterhaltung, die aufgrund des „harten“ Winters dringend erforderlich ist, als äußerst positiv an. Ratsherr **Tobisch** bedankt sich bei Bürgermeister Temme und der Kämmerei für die umfangreiche Vorarbeit zu dem vorliegenden Haushaltsplan 2010.

Fraktion Liste Zukunft

Ratsherr **Heilemann** begrüßt alle Anwesenden und gibt einen Rückblick über die ersten Monate der laufenden Legislaturperiode. Er äußert sich erfreut darüber, dass die Stadt Brakel gegenüber den anderen Städten im Kreis Höxter, die niedrigsten Schmutz- und Regenwassergebühren vorweisen kann. Beim Haushalt sieht er die Richtlinienkompetenz beim Bürgermeister, hier wird der Rahmen vorgegeben, in dem sich der Rat bewegen kann. Trotz des zunächst erschreckenden Defizits ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, auch in Krisenzeiten impulsgebend zu investieren. Als wünschenswert sieht er die Modernisierung der Straßenbeleuchtung, Bereitstellung von Windel-

säcken, eine neue öffentliche, barrierefreie Toilette in der Fußgängerzone und eine gut durchdachte Personalpolitik an. Nach einem eingehenden Ausblick auf zukünftige Planungen (z.B. Verbesserung der Trinkwasserqualität) schließt Ratsherr **Heilemann** seine Ausführungen mit einem Dank an die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen

Ratsherr **Schulte** freut sich über die konstruktive und offene Zusammenarbeit mit der Behördenleitung, so konnten durch entsprechende Vorgespräche mit den Fraktionsvorsitzenden viele Probleme im Vorfeld geklärt werden. Er begrüßt, dass faktisch keine Nettoneuverschuldung zu verzeichnen ist und sieht in einer Rücklagenentnahme den richtigen und vernünftigen Weg. Ein Aufschwung, spätestens in 2011, bleibt zu erhoffen, bis dahin ist eine sparsame Haushaltsführung unumgänglich. Ein Ziel sollte die weitere Verbesserung der ökologischen und ökonomischen Situation der Stadt Brakel sein. Ratsherr **Schulte** begrüßt die Verbesserung an den städt. Schulen und die Auszeichnung beim Wettbewerb „european energy award“. Als Fazit blickt er trotz vorhandener Probleme optimistisch in die Zukunft und gibt bekannt, dass seine Fraktion dem Haushalt 2010 zustimmen wird. Er richtet abschließend die Bitte an die Verwaltung, die Tagesordnungen der künftigen Ratssitzungen nicht zu umfangreich zu halten, um die Sitzungsdauer entsprechend zu begrenzen.

FDP-Fraktion

Ratsherr **Hartmann** stellt dar, dass auch die Brakeler Bürger den Wunsch nach „Sicherheit, gerade in Zeiten in denen nichts sicher scheint“ haben. Er kritisiert, die bevorstehende Schließung der Grundschule Gehrden hätte bereits im Vorfeld erkannt werden müssen. Die getrennte Abwassergebühr bedeutet eine finanzielle Mehrbelastung für einige Bürger, dieses war ebenfalls im Vorfeld nicht so dargestellt worden. Ratsherr **Hartmann** interpretiert die Grafik des diesjährigen Haushaltsplanes „gerade noch mal gutgegangen“. Ziel sollte es sein, Unternehmen und Privatleute dahingehend zu motivieren, ihre Investitionen in Brakel zu tätigen. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket sind zur Stärkung des Schulstandortes Brakel sehr gut angelegt. Auch durch die Investition in Energiesparmaßnahmen, wird die Stadt künftig stark profitieren. Der Mehrgenerationenpark „Bökendorfer Grund“ findet seine volle Zustimmung, das Zusammenführen von „Jung“ und „Alt“ ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Ratsherr **Hartmann** schließt seinen Vortrag und dankt allen Anwesenden für die erbrachte Aufmerksamkeit.

Die Haushaltsreden der einzelnen Fraktionen werden der Niederschrift als Anlage 1 bis 6 beigelegt.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, der nachstehenden Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2010 und den Wirtschaftsplänen des Kommu-

nalunternehmens (Kubra) und des Versorgungsunternehmens (Vubra) für das Wirtschaftsjahr 2010 zuzustimmen.

Haushaltssatzung der Stadt Brakel für das Haushaltsjahr 2010

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW.S.666), in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Brakel mit Beschluss vom 22.03.2010 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010, der für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	21.250.587,00 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	23.133.770,15 €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	21.177.964,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	22.540.974,15 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	2.399.770,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	2.418.434,00 €

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf
561.000,00 €

Festgesetzt.

§ 4

die **Verringerung der Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf
1.883.183,15 EUR
festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur **Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000,00 EUR festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 240 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 381 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 400 v.H. |

§ 7

Ein Haushaltssicherungskonzept wird nicht aufgestellt.

§ 8

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 GO NRW sind **geringfügig**:

1. wenn sie nicht einen Betrag von 1.500,00 € überschreiten.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 GO NRW sind **unerheblich**:

1. bei gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen,
2. bei der Umschuldung von Krediten,
3. bei inneren Verrechnungen,
4. wenn sie durch zweckgebundene Spenden, Zuweisungen oder Zuschüsse gedeckt sind,
5. wenn sie nicht einen Betrag von 6.000,00 € überschreiten,
6. über 6.000,00 €, wenn sie das Finanzkonto um nicht mehr als 25 % überschreiten.

Alle **erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt Brakel.

2. Schulorganisatorische Maßnahmen im Primarbereich - Grundschulverbund Brakel-Gehrden- Teilstandort Gehrden

065/2009
-2014

Berichterstatter: StOAR Schröder

StOAR **Schröder** stellt unter Bezugnahme auf die umfangreiche Sitzungsvorlage nochmals kurz die Gründe dar, die zur Schließung der Grundschule Gehrden führen. Die Angelegenheit wurde bereits im Schul- und Sozialausschuss hinreichend diskutiert und eine Empfehlung an den Rat ausgesprochen.

chen, den Beschlussvorschlag, abweichend zur Vorlage, in Ziff. 6 wie folgt zu ändern „Die Schülerbeförderung ist im Rahmen und nach den Bestimmungen der Schülerfahrkostenverordnung des Landes NW durchzuführen. **Dem Wunsch der Eltern und Sorgeberechtigten, die Grundschüler/innen separat im öffentlichen Personennahverkehr zu befördern ist ab dem Schuljahr 2010/2011 zu entsprechen.**“

Ratsfrau **Beineke** stellt klar, dass die SPD-Fraktion gegen die Schließung der Schule stimmen wird und kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Verwaltung bereits im Vorfeld eine mögliche Schließung hätte absehen müssen, und dementsprechend ein vorausschauendes Handeln angebracht gewesen wäre. Nach ihrem Wissensstand wechseln lediglich zwei Kinder zur Grundschule nach Brakel und alle anderen zur Dringenberger Grundschule. Dieses könnte sich auch zukünftig für die weiterführenden Schulen in Brakel negativ auswirken.

Ratsherr **Aßmann** berichtet anschließend über die vor 10 Jahren getätigten hohen Investitionskosten für zwei neue Klassenräume in der Grundschule Gehrden. Zu diesem Zeitpunkt war noch niemand von einer möglichen späteren Schließung ausgegangen. Ratsherr **Menke** bedauert ebenfalls die Schließung der Schule, und, dass trotz des enormen Einsatzes einiger Eltern, kein Erfolg erzielt werden konnte. Positiv ist allerdings, dass die Kinder zumindest im Klassenverbund bei den entsprechenden Klassenlehrern verbleiben. Ratsherr **Heilemann** teilt mit, dass davon ausgegangen wurde, dass der Schulstandort Gehrden mittelfristig gesichert ist, es war nicht bekannt, dass die Planzahlen bereits in den Vorjahren nicht erreicht werden konnten. Er bittet allerdings trotz der kontroversen Diskussion zu bedenken, dass ein entsprechender Beschluss heute erfolgen muss. Ratsherr **Lohre** sieht ebenfalls eine realistische Entscheidung in der Angelegenheit als dringend erforderlich. Abschließend weist Ratsherr **Wintermeyer** auf die Bemühungen der Verwaltung hin, die Schule zu erhalten, doch aufgrund mangelnder Schülerzahlen, kann in diesem Fall nicht anders entschieden werden. Es sollten nun vielmehr vorausschauende Überlegungen im Hinblick auf die weiterführenden Schulen in Brakel angestellt werden.

Beschluss:

Der Rat beschließt anschließend **bei 6 Gegenstimmen mehrheitlich** folgende schulorganisatorische Maßnahme:

1. Zum Schuljahr 2010/2011 wird an der Teilstandortschule Gehrden keine Eingangsklasse gebildet.
2. Der Unterrichtsbetrieb an der Teilstandortschule Gehrden wird ab dem Schuljahr 2010/2011 für ein weiteres Jahr mit den Jahrgängen 2 und 3 übergreifend und mit dem 4. Jahrgang bis zum 31. Juli 2011 und zwar als auslaufend weitergeführt.
3. Zum 1. August 2011 werden die Schülerinnen und Schüler der jetzigen Jahrgänge 1 und 2, die im Schuljahr 2011/2012 die Jahrgänge 3 und 4 sind, zur Stammschule in Brakel –Katholische Grundschule Brakel- wechseln und den entsprechenden Jahrgängen zugeordnet, sofern

die Eltern und Sorgeberechtigten von der Wahlmöglichkeit zum Wechsel an eine andere Grundschule keinen Gebrauch machen. Wechseln Schülerinnen und Schüler zur Katholische Grundschule Brakel, sollte die Schule dem Wunsch der Eltern entsprechen, dass die Kinder im Klassenverband verbleiben und gemeinsam von den bisherigen Klassenlehrerinnen unterrichtet werden.

Den Erziehungsberechtigten der übrigen Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Jahrgangsstufe sollte angeboten werden, in die kleinere Gehrdenener Klasse wechseln zu können –höchstens bis zur gleichen Klassengröße.

4. Die Teilstandortschule Gehrden wird zum 31. Juli 2011 aufgelöst.
5. Der Grundschulverbund Brakel-Gehrden wird zum 31. Juli 2011 aufgelöst und die Katholische Grundschule Brakel ab 1. August 2011 als eigenständige Grundschule geführt.
6. Die Schülerbeförderung ist im Rahmen und nach den Bestimmungen der Schülerfahrkostenverordnung des Landes NW durchzuführen. **Dem Wunsch der Eltern und Sorgeberechtigten, die Grundschüler/innen separat im öffentlichen Personennahverkehr zu befördern ist ab dem Schuljahr 2010/2011 zu entsprechen.“**

3.	1. Änderung der "Gestaltungs- und Erhaltungssatzung der Stadt Brakel für den Historischen Stadtkern Brakel einschl. des Klosterbereiches Brede der Stadt Brakel"
-----------	---

078/2009
-2014

Berichterstatter: Verw.-Ang. Bohnenberg

In einer kurzen Sachverhaltsdarstellung gibt StBOAR **Groppe** den Mitgliedern des Rates einen Überblick über die geplante 1. Änderung der Gestaltungs- und Erhaltungssatzung der Stadt Brakel.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt **bei 1 Stimmenthaltung einstimmig** die „1. Änderung der Gestaltungs- und Erhaltungssatzung der Stadt Brakel für den *Historischen Stadtkern Brakel* einschl. des Klosterbereiches Brede der Stadt Brakel - örtliche Bauvorschrift gem. § 86 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung - (BauO NRW) und Satzung nach § 172 Baugesetzbuch -“.

Die Satzung wird als Anlage 7 Bestandteil der Niederschrift.

4.	Antrag der Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen"; Entwicklung des Dorfes im kommenden Jahrzehnt
-----------	---

Ratsherr **Schulte** berichtet über seine Teilnahme an einer Informationsveranstaltung zur demographischen Entwicklung. In diesem Zusammenhang fand auch der Erfahrungsaustausch mit einem ortsansässigen Dorfbewohner aus Nörde statt, der über die Problematik leerstehender Häuser und der un-

zufriedenstellenden Neuverwendung zu berichten wusste. Ratsherr **Schulte** sieht gerade die Dörfer mit einer Kapazität von ca. 1.000 Einwohnern durch den demographischen Wandel stark belastet. Er berichtet in diesem Zusammenhang über das interessante Versuchsprojekt eines Ortes, nähere Einzelheiten hierzu sind auf der entsprechenden Internetadresse www.dorv.de ersichtlich. Abschließend regt er an, die Bezirksausschüsse der Ortschaften zusammenzubringen, um gemeinsam über mögliche Lösungen vor Ort nachzudenken.

Bürgermeister **Temme** fügt den Ausführungen hinzu, dass in der Großgemeinde Brakel bereits 28 leerstehende Häuser und 80 Objekte, die lediglich von 1 Person bewohnt werden, zu verzeichnen sind. Er befürwortet den Vorschlag des Ratsherrn **Schulte**, und schlägt vor, eine gemeinsame Auftaktveranstaltung mit allen Mitgliedern der Bezirksausschüsse und des Rates, z.B. in der Stadthalle, zu initiieren. Ratsherr **Steinhage** empfiehlt unter der Zustimmung von Bürgermeister **Temme** ebenfalls die ortsansässigen Vereine pp. einzubeziehen.

Ratsherr **Heilemann** begrüßt diesen Vorschlag ebenfalls, und regt unter dem Aspekt der Sicherung von Arbeitsplätzen an, zusätzlich Vertreter der Wirtschaft (z.B. Gesellschaft für Wirtschaftsförderung) zu beteiligen.

Die Ratsherren **Hartmann** und **Wintermeyer** sehen eine derartige Verfahrensweise ebenfalls als äußerst positiv an, im Hinblick auf eine Leerstandserhebung und ein Leerstandsprogramm sollten zukünftig neue Denkweisen angestrebt werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Brakel beschließt **einstimmig**:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf eines entsprechenden Ablaufplanes zu konzipieren. Dieser wird nach Vorberatung mit den Fraktionsvorsitzenden dem Rat zur Kenntnis vorgelegt.

5. Bekanntgaben der Verwaltung

Neuordnung des ärztlichen Notfalldienstes

StOAR **Frischemeier** gibt bekannt, dass die KVWL und die Ärztekammer Westfalen-Lippe aufgrund des zunehmenden Ärztemangels im ländlichen Raum eine Neuordnung des ärztlichen Notfalldienstes angekündigt haben. Es werden sog. Notfalldienstpraxen, mit dem Ziel der flächendeckenden Notfallversorgung innerhalb der Krankenhäuser, eingerichtet. Es werden 33 große Bezirke und 63 Notfalldienstpraxen eingerichtet, wobei je 1 Arzt zum Sitz- bzw. Fahrdienst eingeteilt wird. Für das Krankenhaus Brakel ist ebenfalls die Einrichtung einer Notfalldienstpraxis geplant. Die Neuordnung tritt zum 01.02.2011 in Kraft.

Ergebnis der Baumschau - Annenkapelle

StBOAR **Groppe** teilt mit, dass im Bereich der Annenkapelle eine Baumschau unter Beteiligung eines Baumgutachters stattgefunden hat. Da die Sicherheit in diesem Bereich nicht mehr gewährleistet werden kann, ist es unumgänglich zwei Bäume zu fällen, auch eine entsprechende Einkürzung würde hier keinen Erfolg mehr bringen. Der dritte Baum ist zwar nicht ganz so stark beschädigt, auf Dauer gesehen jedoch auch nicht mehr erhaltungswürdig, so dass auch hier eine Fällung notwendig wird. Eine entsprechende Ersatzbepflanzung ist in jedem Fall vorgesehen.

6. Anfragen der Ratsmitglieder

Unterhaltung der Wirtschaftswege – Ergebnis des Arbeitskreises

Ratsherr **Aßmann** kritisiert, dass die Entscheidung über die „Unterhaltung der Wirtschaftswege“ seitens des Bauausschusses erfolgt ist und er hier die Zuständigkeit des Betriebsausschusses gegeben sieht. Bürgermeister **Temme** gibt ihm Recht, dass aus formellen Gründen hier eine zusätzliche Beteiligung des Betriebsausschusses hätte erfolgen sollen, im Ergebnis führt dieses allerdings zu keinerlei Veränderung, da der Arbeitskreises die entsprechende Prioritätenliste bereits im Vorfeld festgelegt hatte.

7. Anfragen der Zuhörer

Anfragen der Zuhörer/innen liegen nicht vor.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister **Temme** die Sitzung.

gez. Unterschrift

Temme
(Bürgermeister)

gez. Unterschrift

Nolte
(Schriftführerin)